Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filial-Expeditionen: Friedrichstraße 60; Filiale Königsplatz: Königstraße 56/57; Filiale Louisenplatz: Prinzessinnenstraße 41; bei allen Zeitungsspediteuren und Postämtern, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: **Arthur Levysohn** in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Blatt „ULK“, der heitere Montags-Beilage „Lustige“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag. Bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Königstraße 56/57, Prinzessinnenstraße 41 angenommen.
Druck und Verlag von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 46. **Berlin, Sonnabend, den 26. Januar 1895.** **XXIV. Jahrgang.**

Für **Februar** und **März**
werden bei **allen Post-Anstalten** des Deutschen Reiches **Abonnements** auf das
„Berliner Tageblatt“ und **Handels-Zeitung**
mit Effekten-Verloosungsliste nebst illustr. Wihblatt „ULK“, belletrist. Sonntagsblatt **„Deutsche Lesehalle“**, feuilletonist. Beiblatt **„Der Zeitgeist“**, Mittheilungen über **Landwirthschaft, Gartenbau** und **Hauswirthschaft“** zum Preise von **nur 3 Mk. 50 Pf.** entgegengenommen; ebenso in **Berlin** bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren, allen Stadt-Postämtern, sowie bei der Expedition des „Berliner Tageblatt“, Jerusalemerstr. 48/49.

Im Monat Februar beginnt der hochinteressante, spannende Roman:

„Prinzessin Ilse“ von **Fritz Friedmann.**

Der bekannte forensische Redner bietet in diesem Werke eine lebhaft bewegte, in derben dramatischen Schlägen sich entladende Handlung aus seinem eigensten Gebiet: der Kriminalistik, und erweist sich als ein großer Kenner jener räthselvollen Verkettungen, die auf das Menschenschicksal oft so schwer einwirken.

Der Militäretat.

Die Militärverwaltung ist dasjenige Ressort, welches an die Steuerkraft des Reiches die höchsten Anforderungen stellt. Der waffenklirrende Frieden, in dem wir leben, ist theuer, sehr theuer. Hunderte von Millionen werden Jahr für Jahr gespart, um des Landes Wehrkraft aufrecht zu erhalten. Von 270 Millionen im Jahre 1874 sind die fortdauernden Ausgaben für das Reichsheer auf 480 Millionen im Jahre 1894/95 gestiegen. Dazu treten die Summen, welche die einmaligen Ausgaben des ordentlichen und des außerordentlichen Militäretats betragen, ferner die stetig steigenden Zahlen des Pensionsfonds. Es werden hier der Volkswirthschaft Kapitalien entzogen, die, unmittelbar auf die Produktion verwendet, höchst befruchtend wirken könnten.

Indeß wir tragen diese Bürde in der Ueberzeugung, daß die Weltlage sie nöthig macht; wir tragen sie wie eine Prämie, welche uns den Vortheil bietet, gegen feindliche Mächte gesichert zu sein. Geschützt durch ein starkes Heer, kann sich die Produktion erst recht entfalten. Wir hegen auch nicht die Ansicht, daß die Militärverwaltung, so viel sie auch verschlingt, verschwenderisch wirthschaftet. Mag sich vielleicht da oder dort einmal der Ressortpatriotismus regen, so hält das Kriegsministerium doch im Großen und Ganzen die ihm gezogenen Grenzen inne. Es sieht sich einer Volksvertretung gegenüber, die argwöhnisch das Geforderte prüft und stets geneigt ist, anzunehmen, daß Abstriche von dem Geforderten der Verwaltung zwar lästig, aber doch nicht unerträglich seien.

Die Aufgabe der Detailkritik fällt naturgemäß der Kommission zu. Das Plenum vermag diese Arbeit nicht zu leisten. Die Budgetkommission gilt deshalb als die wichtigste unter den ständigen Kommissionen des Reichstags. Ihre Thätigkeit ist in dieser Session aber ganz besonders bedeutungsvoll, weil von ihr bis zu einem gewissen Grade das Schicksal der Finanzreform abhängig ist. Herr Miquel macht die Einzelstaaten mobil; er geht der Rentenkonversion, die sein Defizit decken würde, aus dem Wege, um die Tabaksteuer zu retten. Graf Posadowsky operirt mit dem Reichsdefizit. Es fragt sich jetzt, ob die Budgetkommission des Reichstages im Stande sein wird, in dem nun begonnenen Schachspiel die Herren Miquel und Posadowsky matt zu setzen. Gelingt es ihr, die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen zu mildern oder ganz aus der Welt zu schaffen, so ist jede neue Besteuerung unmöglich, einfach deshalb, weil sie überflüssig ist. Bleiben aber von den 33 Millionen — so hoch ist der Fehlbetrag im Reich veranschlagt — auch nur 15 bis 20 Millionen übrig, so wird die Situation doch kritisch.

Die Mehrheit der Kommission lebt nun freilich der guten Hoffnung, daß sich das Defizit im Wesentlichen beseitigen lassen werde. Bis jetzt ist allerdings nur das Ordinarium des Militäretats erledigt, und die erzielten Abstriche haben einen vergleichsweise geringen finanziellen Effekt. Eine Reihe von Mehrforderungen sah die Kommission als sachlich geboten an und bewilligte sie deshalb. So wurde die Vermehrung des Intendanturpersonals, nachdem sie zuerst mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt war, nachträglich genehmigt, und zwar auch von denjenigen volksparteilichen Abgeordneten, die sie Anfangs bekämpft hatten. Die Geschäfte der Intendanturen haben sich vermehrt, auch aus Gründen, die außerhalb der neuen Heeresverstärkung liegen, und deshalb muß auch das Personal vermehrt werden. Ferner hat man drei Meldereiter-Detachements genehmigt. Die Gefechtsleitung in einem Zukunftskrieg hat mit ganz anderen Raumverhältnissen zu rechnen als bisher. Die Anhaltspunkte, welche früher der Pulverdampf bot, fallen bei dem rauchschwachen Pulver fort, und damit ist es dem Gefechtsleiter erschwert, sich aus eigener Beobachtung ein Bild vom Stand und Gang der Schlacht zu machen. Es tritt daher, wie die Militärverwaltung in der Kommission hervorhob, an die Führer mehr als früher die Nothwendigkeit heran, durch Andere für sich sehen zu lassen, das Gesehene schnell in Erfahrung zu bringen und dann die darauf gefaßten Beschlüsse den oft weit entfernten Unterführern und Truppen schnell zur Ausführung zu übermitteln. Zu diesem Zweck sind Meldereiter nöthig, die vorzügliche Einzelreiter sein, im Gebrauch von Karte und Feldstecher Geschick zeigen, Meldungen rasch erfassen und richtig wiedergeben müssen. Ein solches Personal will aber im Frieden tüchtig vorgebildet sein. Diese Erwägungen bestimmten die Kommission, die geforderten drei Detachements selbst auf die Gefahr hin zu bewilligen, daß in künftigen Etats noch weitere Formationen derart gefordert würden.

Ebenso wenig verschloß sich die Mehrheit der Kommission der Einsicht, daß in der Organisation der Korpsbekleidungsämter Aenderungen erwünscht sind. Auf diese Aemter geht mehr und mehr die Anfertigung von Stiefeln und sonstigen Bekleidungsstücken für die Truppen über, zumal seitdem durch die letzte Heeresverstärkung die Zahl der Oekonomiehandwerker um etwa ein Drittel des jetzigen Gesammtbestandes vermindert ist. Ein geregelter Dienstbetrieb ist mit dem jetzigen Personal nicht möglich. Ueberdies waren bisher pensionirte Offiziere darin thätig, welche im Interesse einer größeren Ständigkeit besser durch aktive Offiziere ersetzt werden. Auch hier schreckte die Kommission vor der Bewilligung der Mehrkosten, welche diese Reorganisation verursacht, nicht zurück. Selbst ein volksparteilicher Abgeordneter stimmte trotz des Widerspruchs des Abgeordneten Richter für die Position.

Ein erheblicher Abtrich erfolgte indeß bei dem Titel 6 des Kapitels 26, welcher die Bekleidung der Truppen betrifft. Hier setzte man den Mehrbetrag für den Tuchbedarf ab, um der Regierung zu Gemüthe zu führen, daß bei der Vergebung der Tuchlieferungen eine Aenderung zu erfolgen habe. Die hierdurch erzielte Ersparniß beträgt 415,000 Mark. Es war zur Sprache gekommen, daß sich den Korpsbekleidungsämtern gegenüber zum Zweck der Preistreiberei ein Fabrikantenring gebildet hat, der es durchsetzte, daß, obwohl überall auf dem Weltmarkt die Preise für Textilprodukte gesunken sind, die Militärverwaltung höhere Preise zahlte. Angesichts dieser durch den Centrumsabgeordneten Müller-Fulda ans Licht gebrachten Thatsache beschloß die Kommission, die Regierung zu einer Centralisirung der Submissionen in der Weise aufzufordern, daß nicht mehr die Korpsbekleidungsämter, sondern das Kriegsministerium die Lieferungen vergeben solle. Außerdem verlangte man den Kreis der Submittenten erweitert zu sehen. Niemand in der Kommission befürwortete, daß grade immer der Mindestfordernde den Zuschlag erhalten solle; Alle aber waren dafür, daß nicht nur die etwa neunzig Firmen, die zuletzt ihre Offerten einreichten, sondern sämmtliche überhaupt leistungsfähigen Firmen zur Submission zuzulassen seien.

Eine geringfügige Kostenersparniß wurde bei dem Kapitel „Kommandantenstellen“ erzielt. Das hauptsächlichste Interesse nahm die Kommandantenstelle in Altona in Anspruch. Diese Stelle war im Etat seit 1890/91 als „künftig wegfallend“ bezeichnet worden. Dennoch hat man sie, als sie vor einigen Monaten zur Erledigung kam, neu besetzt. Die Verwaltung hatte damit gegen den ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers gehandelt. Es lag nicht eine Etatsüberschreitung, sondern eine offenbare Etatsverletzung vor. Der üble Eindruck, den dies Verfahren hervorrufen mußte, wurde noch dadurch verstärkt, daß die Verwaltung es versäumte, aus eigenem Antrieb Kenntniß davon zu geben, und erst durch eine am Schluß der Debatte gestellte, fast zufällige Anfrage zur Mittheilung des Thatbestandes veranlaßt wurde. Die bona fides der Verwaltung konnte indeß nach den Erklärungen, die im weiteren Verlauf der Verhandlungen abgegeben wurden, nicht wohl angezweifelt werden. Die Militärverwaltung hatte zuvor bei dem Reichsschatzamt angefragt, und dieses war der Meinung, daß die Sache bei der Berathung der Haushaltsübersicht für 1894/95 in der Rechnungskommission ihre Erledigung finden werde. Die Regierungsvertreter räumten in loyaler Weise ein, daß hier eine Etatsverletzung vorliege, die nur durch Indemnität gesühnt werden könne, und nahmen die civilrechtliche Haftbarkeit für den Fall auf sich, daß die Indemnität verweigert werden sollte. Sie versicherten, daß es ihnen fern gelegen habe, einen Schlag gegen das Etatsrecht des Reichstags zu führen. Diesem Sachverhalt gegenüber konnte die Kommission davon Abstand nehmen, einen förmlichen Protest einzulegen. Dem Reichstag bleibt es überlassen, die nachgesuchte Indemnität zu ertheilen oder zu versagen. Ganz folgenlos sollte dieser Vorgang aber doch nicht bleiben, und deshalb setzte man die Stelle in Altona ab, die dem entsprechend nunmehr einzuziehen sein wird.

Der Gesammteffekt der bisher erzielten Ersparnisse wiegt, wie man sieht, nicht allzu schwer. Bei dem Extraordinarium des Militäretats dürfte indeß der Rothstift der Kommission ganz anders arbeiten. Da kommen Kasernenbauten und Uebungsplätze in Frage, deren Nothwendigkeit der Kommission nicht überall einleuchten wird. Insbesondere dürfte der Militärübungsplatz für die württembergische Armee, dessen Erwerbung neun Millionen kosten soll, eine sehr lebhafte Gegnerschaft finden. Ferner werden voraussichtlich die einmaligen Ausgaben bei der Marine eine nicht unwesentliche Kürzung erfahren. Gefordert sind ein Kreuzer erster Klasse und drei Kreuzer zweiter Klasse, abgesehen von den Fortsetzungs- und Schlußraten für früher bewilligte Neubauten. Unter den Parteien, die einerseits Sparsamkeit üben, andererseits aber eine Fortentwickelung der Marine nicht unmöglich machen wollen, besteht die Neigung, eine gewisse mittlere Linie zu suchen und einen Theil der Kreuzer diesmal zu bewilligen, den anderen Theil dagegen einstweilen zurückzustellen. Auch die Postverwaltung wird sich gewisse Abstriche gefallen lassen müssen. Wenn es alsdann schließlich gelingt, außer den Herabsetzungen der Ausgaben eine Heraufsetzung der Einnahmen zu erzielen und außerdem gewisse Posten, die die Verwaltung aus laufenden Mitteln bestreiten will, in die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats zu versetzen, die durch Anleihen zu decken sind, so wäre das Gleichgewicht im Etat hergestellt, und hätten die Einzelstaaten einen neuen Zugriff des Reiches nicht zu fürchten.

---

* Im **Reichstage** wurde gestern die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die **privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt** begonnen, aber noch nicht abgeschlossen. Das Bedürfniß der Regelung vor Erlaß des bürgerlichen Gesetzentwurfs wurde nicht bestritten. Auch Abgeordneter Rickert steht der Vorlage sympathisch gegenüber, hält aber eine präzisere Fassung einer Reihe von Bestimmungen für unerläßlich, z. B. diejenigen über den Schadenersatz bei Versehen der staatlichen Lootsen. An der Debatte nahmen noch die Abgeordneten Letocha, Bassermann, v. Langer und Gerisch Theil. Die Berathung wird heute fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht noch die Vorlage betreffend die Berufs- und Gewerbezählung und die Bekanntmachung betreffend die Zollzuschläge auf die Einfuhr Spaniens und seiner Kolonien.

---

* Die **Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern** sind jetzt für die Zeit vom 1. April bis Ende Dezember 1894, also für neun Monate des laufenden Etatsjahres bekannt. Die Netto-Einnahmen belaufen sich auf 466,849,017 Mark, d. h. **31,411,320 Mark mehr als** in der gleichen Zeit von **1893.** Die Erhöhung der Einnahmen hat sich also auch im Dezember fortgesetzt. Die Mehreinnahme aus der Zuckersteuer beträgt 5,078,778 Mark; sie ist im Vergleich mit Ende November nahezu stabil geblieben. Die Tabaksteuer ergiebt ein Mehr von 427,753 Mark, die Salzsteuer ein solches von 511,355 Mark, dagegen sind die Einnahmen aus der Branntwein- und Biersteuer um verhältnißmäßig geringe Beträge hinter 1893 zurückgeblieben; bei der Branntweinsteuer um 231,480, bei der Biersteuer um 89,970 Mark. Die Einnahme aus der Reichsstempelsteuer ist auf 11,322,786 Mark, also im Dezember um nahezu 3 Millionen Mark (2,981,073) gestiegen. Post und Telegraphen ergaben ein Mehr von 9,884,174 Mark, also im Dezember um über 1½ Millionen. Die Reichseisenbahnen, deren Ergebnisse im November zurückgegangen war, haben im Dezember eine Mehreinnahme ergeben, welche das Mehr von Ende Oktober noch übersteigt. Von dem angekündigten Rückschlag in der Entwickelung der Einnahmen ist also nichts zu spüren.

---

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** Der Gesetzentwurf betreffend die Neuordnung der Gerichtskosten und der Notargebühren scheint das Schooßkind der Centrumspartei geworden zu sein, denn die Zahl der ultramontanen Redner und Beurtheiler der Vorlage überwog bei Weitem alle übrigen. Im Ganzen und Großen sprachen sich alle Redner zustimmend zu den Grundsätzen des Entwurfes aus; die mannigfach geäußerten Wünsche betrafen verhältnißmäßig untergeordnete Bestimmungen. Namentlich sollten einzelne Gebührenansätze im Interesse der mittleren und kleineren landwirthschaftlichen Betriebe, besonders bei den Besitzverkäufen, bei den Aenderungen im Grund- oder Hypothekenbuch, bei den Eintragungen der Löschungen vermindert werden. Die beiden Entwürfe gingen an die Justizkommission, die um eine Anzahl nicht juristischer Mitglieder verstärkt werden sollte, da ohnehin schon vierzehn Juristen in der Kommission Sitz und Stimme hätten.

---

* Der **Rückgang** des **Pachtzinses** bei der im Jahre 1894 erfolgten Neuverpachtung **preußischer Domänen** bedarf zu seiner richtigen Beurtheilung der Vergleichung mit der Entwickelung des Pachtzinses in früheren Pachtperioden: In der Regel werden in Preußen die Domänen auf einen Zeitraum von achtzehn Jahren verpachtet, wenn auch aus verschiedenen Gründen in einzelnen Fällen Verpachtungen auf längere oder kürzere Zeitdauer vorkommen. Für die im Jahre 1894 neuverpachteten Domänen umfaßte demnach die letzte Pachtperiode meist die Jahre 1876 bis 1894 und die

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 4.